

BFS-TRENDINFO

4/16

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Arbeitswelt

Internationale Arbeitskräfte: Das Gute liegt so nah

Migration

Flüchtlingszustrom: Bürger sind skeptisch – und helfen

Inklusion

Duale Ausbildung: Azubis mit Behinderung

Pflege

Vorzeige-Engagement in Jülich: Bürger lotsen
Bürger

Gesundheit

Fit in den Frühling: Fitness-Trends 2016

Non-Profit-Management

Kinder- und Jugendhilfe: Interessenkonflikt als
Kostentreiber?

Europa

EU-Fördermittel für Opferschutzprojekte

Gesellschaft

Bürger im Sozialstaat: Hohe Erwartungen, tief
enttäuscht

Materialien

Soziale Marktwirtschaft: Von der deutschen Suche
nach einer neuen Erzählung

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

obwohl unsere Gesellschaft immer älter wird, ist die Diskussion um sexuelle Bedürfnisse von älteren Menschen noch immer ein Thema, über das man lieber nicht spricht. Dies gilt insbesondere für den Zusammenhang von Sexualität und Demenz. In der professionellen Pflege kann dieses Thema jedoch nicht einfach verschwiegen werden, gehört Sexualität doch zu den Grundbedürfnissen. Aber wie verändert sich unsere Sexualität im Alter? Was bedeutet Demenz für die Intimität in Partnerschaften? Und wie sieht es mit dem Recht auf Sexualität in den Pflegeeinrichtungen aus?

Derartige Fragen standen bei der Tagung „Sexualität einen Raum geben“ im Mittelpunkt, die am 24. Februar 2016 vom Dialog- und Transferzentrum Demenz (DZD) an der Universität Witten/Herdecke veranstaltet wurde. Während der Schwerpunkt am Vormittag auf wissenschaftlichen Grundlagen lag, stand der Rest des Tages für den Brückenschlag in die Praxis.

Für Pflegeeinrichtungen stellt der Umgang mit Sexualität eine echte Herausforderung dar. Ein offener Umgang mit Sexualität in Pflegeeinrichtungen kann nur gelingen, wenn die Mitarbeiter stärker in die Thematik mit eingebunden werden, etwa durch Fallbesprechungen und Teamsitzungen – so das Resümee einer Referentin. Bei der Tagung wurde schnell klar, dass Sexualität im Alter viel mit Intimität, Krankheiten und Zerbrechlichkeit zu tun hat.

Auch rechtliche Fragen sind zu berücksichtigen, denn zur Freiheit der Persönlichkeitsentfaltung gehört auch die Sexualität. Bemerkenswert war der Hinweis eines Referenten auf die Unverletzlichkeit der Wohnung, die in Pflegeeinrichtungen häufiger übergangen werde. Denn wer im Heim wohnt, darf sich dort sexuell frei entfalten und auf seiner Privatsphäre bestehen, solange er oder sie keine verbotenen sexuellen Handlungen praktiziert. Dennoch kämpfen Betreuer, Pflegenden und Angehörige mit teils konträren Auffassungen, wenn es um das Ausleben sexueller Bedürfnisse in Pflegeeinrichtungen geht.

Im [YouTube-Kanal des DZD](#) stehen verschiedene Videos zu dem Thema zur Verfügung. Außerdem gibt es weitere Beiträge zu der Tagung im [Blog des DZD](#).

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihre Redaktion

Arbeitswelt

Internationale Arbeitskräfte: Das Gute liegt so nah

Deutschland ist zum gefragten Einwanderungsland geworden. Der große Zustrom von Migranten nährt die Erwartung, den drohenden Arbeitskräftemangel hierzulande mildern zu können. Angebot und Nachfrage gleichen sich aber nicht selbsttätig aus. Eine Hürde besteht darin, dass Arbeitgeber und Neuankömmlinge in der Praxis nur schwer zusammenfinden, so beschreiben es die Autoren einer neuen Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung im Auftrag des Bundesverbands der Personalmanager (BPM).

Wie viele Zuwanderer braucht das Land, welche Voraussetzungen bringen sie mit? Und was müsste hierzulande von Politik, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung getan werden, damit die berufliche Integration zu aller Vorteil klappt? Wie steht es um die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Spielräume der Arbeitgeber? Eines vorab: Unternehmen brauchen nicht sehnsüchtig ins Ausland zu blicken, um Arbeitskräfte zu rekrutieren. Schon vor der eigenen Haustür wartet Potenzial.

Wie viele Zuwanderer werden gebraucht?

Aufgrund der niedrigen Geburtenrate hierzulande schrumpft die erwerbstätige Bevölkerung zwischen 20 und 67 Jahren bis 2050 um acht Millionen Menschen. Deutschland ist also auf Zuwanderung angewiesen. Andernfalls stehen die Sozialsysteme vor Versorgungsproblemen, während die

Unternehmen Schwierigkeiten haben, geeignete Fachkräfte zu finden. Damit das Erwerbspersonenpotenzial konstant bleibt, bedarf es einer Nettozuwanderung von 533.000 Menschen pro Jahr, rechnen die Wissenschaftler des Berlin-Instituts vor.

Woher kommen die Zuwanderer?

Zuwanderungsbewegungen sind sehr volatil. 2014 lag der Wanderungsüberschuss mit 550.000 Menschen so hoch wie zuletzt Anfang der 1990er-Jahre, als es insgesamt 1,5 Millionen Spätaussiedler und Flüchtlinge aus dem zerfallenden Ostblock nach Deutschland zog. Für 2015 wird mit einem höheren Wanderungsüberschuss als 2014 gerechnet. „Während in den vergangenen Jahren EU-Zuwanderer den Großteil der Migranten stellten, dürfte 2015 wegen der Flüchtlingsströme aus dem Nahen Osten erstmals die Zuwanderung aus Drittstaaten überwiegen“, stellen die Autoren fest.

Welche Qualifikationen bringen die Zuwanderer mit?

Die Berufsabschlüsse der Zuwanderer der letzten Jahre unterscheiden sich stark von den Abschlüssen vorangegangener Migranten-Generationen. 43,7 Prozent aller zwischen 2011 und 2014 Zugezogenen zwischen 25 und 35 Jahren verfügen über einen Hochschulabschluss; unter denen, die vor 1990 ins Land

kamen, waren es weniger als halb so viel. Zum Vergleich: Bei den Einheimischen ohne Migrationshintergrund zwischen 25 und 35 Jahren verfügen lediglich 24,1 Prozent über einen Hochschulabschluss. Unter den Zuwanderern hat ein überproportional hoher Anteil von 27,8 Prozent überhaupt keinen Abschluss (Einheimische: 9,1 %).

„Unter den in den vergangenen Jahren zugewanderten Personen befinden sich anteilig sowohl mehr Hochqualifizierte als auch mehr Geringqualifizierte als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die Herausforderungen der Integration sind zwischen den beiden Gruppen sehr unterschiedlich, weswegen sich kaum von der Zuwandererbevolkerung sprechen lässt.“ Zum Bildungsstand der Flüchtlinge des vergangenen Jahres liegen noch keine repräsentativen Erhebungen vor, allerdings könnte hier der Anteil von wenig oder gar nicht Qualifizierten größer sein als bei anderen Zuwanderern.

Das Zuwanderungsrecht: Stärken und Schwächen

EU-Einwanderer: Für diesen Personenkreis gibt es wegen der generellen Freizügigkeit innerhalb der Union (seit 1993) kaum Möglichkeiten administrativer Steuerung. Daher: „Die beste Anwerbepolitik ist eine gute Konjunkturlage.“ Künftige Zuwanderungsraten sind nicht prognostizierbar und hängen von

der Entwicklung der europäischen Integration ab. Die Migration nach Deutschland könnte sich aber auch abschwächen: zum Beispiel, wenn sich die wirtschaftliche Lage in einigen Herkunftsländern (vor allem Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Portugal) bessert.

Nicht-EU-Einwanderer: Die EU-Zuwanderung wird den Arbeitskräftebedarf nicht decken. „Daher benötigt Deutschland eine Strategie, wie auch aus Nicht-EU-Staaten Arbeitskräfte gewonnen werden können“, fordern die Autoren. Nützliche Ansätze gibt es bereits. So zeigt die deutsche Zuwanderungspolitik mit der Einführung der Blauen Karte EU für Hochschulabsolventen und mit der Positivliste für Zuwanderer nicht-akademischer Berufe „signifikante Verbesserungen“. 27.000 Fachkräfte kamen 2014 aus Drittstaaten nach Deutschland – ein Anstieg um 11.000 Fachkräfte im Vergleich zu 2009. Hemmnis ist, dass der begehrte Aufenthaltstitel nur bei der Jobzusage eines deutschen Arbeitgebers erteilt wird. Die Arbeitsplatzsuche aus dem Ausland ist jedoch schwierig. „Aus diesem Grund sollten die Möglichkeiten eines zeitlich befristeten Aufenthalts zum Zweck der Jobsuche weiter ausgebaut und vermarktet werden.“

Asylbewerber: Die Asylgesetzgebung dient zwar nicht der Arbeitskräfteerkrutierung, Asylbewerber stellen aber eine interessante Zielgruppe dar. Sie decken eine Vielzahl von Berufsgruppen und Qualifikationsstufen ab und stehen

dem Arbeitsmarkt nach dreimonatigem Aufenthalt zur Verfügung. Auf dem Weg dorthin warten aber zahlreiche Hindernisse: fehlende Berufsabschlüsse, ungeklärter Aufenthaltsstatus, Sprachprobleme oder Vorbehalte von Arbeitgebern. „Umso wichtiger ist es, in Zukunft schneller herauszufinden, über welche Qualifikationen Flüchtlinge verfügen bzw. was ihnen fehlt und welchen Bedarf an Sprachunterricht sie haben“, fordern die Autoren. Niedrigschwellige Arbeitsangebote, so die Forderung, erleichtern das Einleben in Deutschland.

Sprache und Abschlüsse: Kernelemente des Nationalen Aktionsplans Integration (2012) sind Integrations- und Sprachkurse sowie die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Im Vergleich zu den klassischen Integrationskursen (Sprachlevel B1) vermitteln erst die sog. ESF-BAMF-Kurse ein Niveau der Sprachbeherrschung, das bei der Suche und Ausübung von Arbeit notwendig ist. Die zunehmende Nachfrage an Beratung zur Anerkennung von Berufsabschlüssen bei Arbeitsagenturen, Jobcenter sowie Handwerks- und Industrie- und Handelskammern unterstreicht die Bedeutung dieses Integrationsinstruments (2013: 26.466 Anträge). Stärkere internationale Vermarktung und bessere Zusammenarbeit der Bundesländer zur Vermeidung des „Anerkennungs-Tourismus“ könnten dem Verfahren noch mehr Effizienz verschaffen, raten die Wissenschaftler des Berlin-Instituts.

Rekrutierung au dem Ausland: Möglichkeiten für Arbeitgeber

Zahlreiche, oft noch zu wenig bekannte Wege unterstützen Arbeitgeber bei der Auswahl geeigneter ausländischer Arbeitskräfte. Einige Beispiele:

- Das [EURES-Portal](#) (European Employment Service) verbucht 1.2 Mio. registriert Arbeitssuchende und 1,5 Millionen Stellenangebote in 32 Ländern. Das Netzwerk bündelt öffentliche Arbeitsvermittlungsstellen in der EU, in Island, Norwegen und Liechtenstein. 900 Berater helfen Jobsuchenden und Arbeitgebern bei allen praktischen und rechtlichen Fragen der beruflichen Mobilität in Europa.
- Die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung ([ZAV](#)) der Bundesagentur für Arbeit ist in Deutschland Kooperationspartner von EURES. Die ZAV kann eine Vorauswahl eingehender Bewerbungen für Unternehmen treffen, die keine Kenntnisse über Bildungswege und berufliche Besonderheiten des Herkunftslandes haben.
- Im Gegensatz zur personalisierten ZAV-Beratung informieren andere Portale über Strategien und Hürden: das [Portal Fachkräfteoffensive](#) und das [Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung](#). Letzteres wendet sich an kleine und mittelständische Unternehmen.

- Zur Rekrutierung internationaler Arbeitskräfte im Inland bieten sich mehrere Kontaktadressen an: Neben dem örtlichen Arbeitgeber-Service der Bundesagentur für Arbeit und der Landesnetzwerke der Initiative „Integration durch Qualifikation“ (IQ) sind Websites zu nennen, die sich auf die Vermittlung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt spezialisiert haben, oft mehrsprachig. Hierzu zählen die Online-Jobbörse „[workeer](#)“, die Plattform [www.work-for-refugees.de](#) des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin oder einzelne Initiativen, die Flüchtlingen Praktika oder eine subventionierte, zeitlich begrenzte Tätigkeit vermitteln (Arrivo Berlin; W.I.R. – Work and integration for refugees, Hamburg).

Weitere Empfehlungen: Die reibungslose Gestaltung der Übergänge von einem Aufenthaltsgrund zu einem anderen, damit internationale Studenten im Land bleiben; mehr Anstrengungen, um Flüchtlingen zu adäquater Beschäftigung zu verhelfen; mehr Schnittstellen, an denen Flüchtlinge und Arbeitgeber zusammenfinden können.

Stephan Sievert und Julia Legge, Internationale Arbeitskräfte einstellen. Der rechtliche Rahmen und die Spielräume der Arbeitgeber. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Marktstudie im Auftrag des Bundesverbandes der Personalmanager (BPM), 35 Seiten, Berlin 2016. [Download](#)

Fazit: Kein eklatanter Mangel, aber zahlreiche Mängel

Die Studie attestiert dem deutschen Zuwanderungsrecht eine „deutliche Verbesserung“ der Möglichkeiten zur Arbeitskräfterekrutierung. „Inzwischen gibt es keinen eklatanten Mangel mehr an Zuwanderungskanälen für bestimmte Qualifikations- und Berufsgruppen.“ Als klar verbesserungswürdig nennt sie die großzügigere Ausgestaltung des Visums zur Jobsuche. Die Anerkennung von Berufsabschlüssen und die sprachliche Qualifizierung müssten idealerweise bereits vor dem Umzug nach Deutschland stattfinden.

Migration

Flüchtlingszustrom: Bürger sind skeptisch – und helfen

Schon lange nicht mehr wurde hierzulande so vehement gestritten wie über die Flüchtlingspolitik. Der Dreiländer-Wahltag im März hat gezeigt, wie sehr dieses Thema die Parteienlandschaft umkrepelt. Doch nicht überall ist Streit, ermittelte der jüngste „ARD Deutschland Trend“ (Februar 2016): 94 Prozent der Befragten stimmten für die Aufnahme von Menschen, die vor Krieg fliehen – genauso viel, wie ein Jahr zuvor.

An Zustimmung verloren hat jedoch das Asylgesuch aus Gründen politischer oder religiöser Verfolgung (von 82 auf 73 Prozent) und aus wirtschaftlichen Gründen (von 41 auf 25 Prozent). Gar nicht gut kommt die Politik weg. 81 Prozent der Befragten haben den Eindruck, die Regierung habe die Flüchtlingssituation in Deutschland nicht im Griff.

Schaffen wir das?

Soweit das Stimmungsbild. Doch wie steht es um die Hilfsbereitschaft der Deutschen? Wie sehr sind sie noch bereit, tatkräftig die Ärmel beim Projekt „Wir schaffen das“ hochzukrempeln? Auskunft gibt das „Stimmungsbarometer zu Flüchtlingen in Deutschland“, eine neue Umfrage im Rahmen der Längsschnitterhebung des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Ein zentrales Ergebnis: Angesichts des Zustroms Geflüchteter ist die Skepsis groß, die Hilfsbereitschaft aber auch.

Unterstützung in drei Bereichen

Geld- und Sachspenden: 30 Prozent von 2.000 repräsentativ ausgewählten deutschsprachigen Bürgern im Januar 2016 gaben an, Flüchtlinge in den zurückliegenden Monaten mit Geld- oder Sachspenden unterstützt zu haben – beachtlich angesichts von 40 Prozent pro Jahr für alle Spendenanlässe zusammen.

13 Prozent der Befragten, die sich bisher nicht in der Flüchtlingsarbeit engagiert haben, gaben an, dies künftig tun zu wollen. Nur, ob dem Vorsatz wirklich Taten folgen? Von den Befragten, die schon aktiv geworden sind, wollen das 86 Prozent fortsetzen. Das heißt aber auch: Jeder Siebte stellt sein Engagement ein. Bürger, die 2015 keine Geld- oder Sachspenden gaben und das auch aktuell nicht vorhaben, machen 60 Prozent der Bevölkerung aus. Insgesamt hält die DIW-Studie fest: „Nach den Umfrageergebnissen könnte das Engagement der Bürger für die Flüchtlinge anhalten.“

Praktischer Einsatz vor Ort: 91 Prozent der engagierten Bürger – zehn Prozent der Befragten – will Flüchtlinge auch weiterhin etwa durch die Begleitung bei Behördengängen und durch Sprachförderung unterstützen. Aber auch das ergab die Befragung: Die große Mehrheit der Bevölkerung (82 %) war und ist zu derartiger Unterstützung nicht bereit.

Politische Beteiligung: Fünf Prozent der Befragten sind zur

Teilnahme an Demonstrationen und Unterschriftenaktionen zur Flüchtlingsthematik bereit; etwas mehr, sechs Prozent der Bürger, können sich vorstellen, künftig mitzumachen.

Zusammengenommen machen 36 Prozent der Bürger in den drei Aktivitätsbereichen mit, künftig wollen sich sogar 44 Prozent auf die eine oder andere Weise für Flüchtlinge einsetzen, ergab die DIW-Studie. „Etwas größer – 53 Prozent – ist der Anteil derjenigen, die sich bisher nicht engagiert haben und dies auch nicht zu tun beabsichtigen.“

Streitthema Flüchtlinge – negative Einschätzungen überwiegen

Akzeptanz der Aufnahme von Flüchtlingen und tatkräftiges Engagement sind das A und O einer gelingenden Integration. Womit die Befragung zu einem zweiten Meinungsblock kommt: Wie schätzen Bürger die Auswirkungen der Zuwanderung für Wirtschaft und Gesellschaft hierzulande ein? Die Antworten orientieren sich an einer elfstufigen Skala.

- **Sind Flüchtlinge gut oder schlecht für die deutsche Wirtschaft?** positive Haltung 34%, negative Haltung 47%, ambivalent oder unentschieden 18%
- **Das kulturelle Leben wird durch Flüchtlinge untergraben oder bereichert:** positive Haltung 30%, negative Haltung 53%, ambivalent oder unentschieden 17%

- **Deutschland wird durch Flüchtlinge zu einem schlechteren oder besseren Ort:** positive Haltung 19%, negative Haltung 57%, ambivalent oder unentschieden 24%
- **Starker Flüchtlingszustrom birgt kurzfristig mehr Risiken als Chancen:** positive Haltung 11%, negative Haltung 79%, ambivalent oder unentschieden 10%
- **Starker Flüchtlingszustrom birgt langfristig mehr Risiken als Chancen:** positive Haltung 30%, negative Haltung 57%, ambivalent oder unentschieden 13%

Auch Skeptiker helfen mit

Hohe Bereitschaft zur Mithilfe einerseits, überwiegend negative Einschätzung der Folgen des Flüchtlingszustroms – so die bisherigen Ergebnisse der Erhebung. Doch wie hängen beide Gruppierungen zusammen? Sind hier die optimistischen Engagierten und dort die tatenlosen Skeptiker?

Zunächst einmal bestätigen die statistischen Verteilungen die naheliegende Vermutung, dass Menschen, die sich für

Flüchtlinge einsetzen, auch die Zuwanderungsfolgen positiver einschätzen. Auch andersherum wird ein Schuh daraus. Wer sich nicht einsetzt, beurteilt auch die Auswirkungen der Zuwanderung weit überdurchschnittlich als Risiko. Aber die Gruppe der hilfsbereiten Bürger ist in ihren Einschätzungen recht heterogen: „Fast gleich groß sind in dieser Gruppe die Anteile derjenigen, die die Auswirkungen des Flüchtlingszustroms positiv bzw. negativ einschätzen.“ Der große Überlappungsanteil beider Verteilungen zeige an, dass sich Personen mit und ohne Engagementbereitschaft stark in ihren Einschätzungen der Folgen des Flüchtlingszustroms ähneln, merken die Autoren an.

Bilanz ziehen und Zuwanderungskonzept erarbeiten

Trotz Skepsis in puncto Flüchtlingszustrom, trotz deutlicher Kritik an der Politik, sind die Deutschen weiterhin in hohem Maß zu Geld- und Sachspenden, zu beruflichem wie ehrenamtlichem Engagement bereit. Vier von zehn Menschen bekennen sich dazu. Dieser Bestandsaufnahme fügen die DIW-Autoren eine an die Politik gerichtete Handlungsempfehlung an: Zunächst sollten

künftige Chancen und Risiken der Flüchtlingsaufnahme präzise bilanziert werden – in sozialer und ökonomischer Hinsicht. Dann müsse ein tragfähiges Konzept der Zuwanderung für Deutschland her.

Philipp Eisnecker und Jürgen Schupp, Flüchtlingszuwanderung: Mehrheit der Deutschen befürchtet negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, DIW Wochenbericht Nr. 8/2016, S. 158-164. [Hier im kostenfreien Download.](#)

Inklusion

Duale Ausbildung: Azubis mit Behinderung

Extrabreite Türen, barrierefreie Toiletten, Papierkrieg mit den Behörden – daran denkt so mancher, wenn es um Inklusion in der Arbeitswelt geht. Unternehmen, die mit behinderten Menschen arbeiten, berichten hingegen von überwiegend guten Erfahrungen: Diese Mitarbeiter sind oft besonders motiviert und zuverlässig, manchmal bereichern sie die Betriebsabläufe mit außergewöhnlichen Perspektiven. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) geht in einer Unternehmensbefragung der Bereitschaft zur Ausbildung von Azubis mit Behinderung nach. Die Kölner Wissenschaftler erforschten, welche Faktoren die Bereitschaft zur Ausbildung behinderter Jugendlicher begünstigen und welche als Hindernis wirken. Außerdem wollten sie von den Befragten wissen, welche Unterstützung durch die Arbeits- und Sozialverwaltung sie sich wünschen. 1.385 Unternehmen nahmen auf der Grundlage des IW-Personalpanels an der Befragung zwischen Juli und September 2015 teil (online).

Die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation

1,9 Prozent aller jungen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren haben eine Schwerbehinderung mit einem Behinderungsgrad von mindestens 50. Eine zweite Gruppe betrifft Jugendliche mit einem Behinderungsgrad von unter 50 oder ohne eine anerkannte Behinderung, jedoch mit Förderbedarf zum Beispiel wegen einer Lernbehinderung. Über diese für den Ausbildungsmarkt relevante Gruppe klärt die Schulstatistik

(2013) auf: 36.800 Schüler haben die Förderschulen für Menschen mit Behinderung verlassen (2013) – 4,1 Prozent aller Schulabgänger. Die Mehrzahl von ihnen erwirbt einen Förderschulabschluss für Menschen mit Lern- oder geistiger Behinderung, knapp 30 Prozent haben einen Hauptabschluss.

Der Gesamtanteil von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Klassenstufen 1 bis 10 beträgt aktuell 6,5 Prozent. 16.400 Jugendliche wechseln nach ihrem Abschluss in eine berufsvorbereitende Maßnahme, 3.500 nehmen eine duale Berufsausbildung auf, 14.900 Absolventen eine außerbetriebliche Berufsausbildung. Die Berufsbildungswerke bilden knapp 15.000 Absolventen in mehr als 230 Ausbildungsberufen aus. Die Übergangsquote in die Erwerbstätigkeit liegt hier bei beachtlichen 68 Prozent.

Menschen mit Behinderung in der betrieblichen Ausbildung

Etwa zwölf Prozent aller Ausbildungsbetriebe hierzulande bilden Jugendliche mit einer Behinderung aus, in den vergangenen fünf Jahren waren es 23 Prozent. Größere Unternehmen engagieren sich häufiger als kleinere Betriebe: Ein knappes Viertel der kleinen, ein Drittel der mittelgroßen und die Hälfte der großen ausbildungsaktiven Unternehmen haben in den vergangenen fünf Jahren behinderte Menschen ausgebildet.

Welche Arten von Behinderung liegen vor?

Die meisten Unternehmen (16 %) haben in den vergangenen fünf Jahren junge Menschen mit einer „unsichtbaren“ Lernbehinderung ausgebildet, etwa einer Legasthenie oder Rechenschwäche. An zweiter Stelle kommen Auszubildende mit einem körperlichen Handicap (8 %), zum Beispiel der Lähmung oder Funktionseinschränkung eines Organs, gefolgt von psychischer Behinderung (7 %), Sinnesbehinderung (4 %) und geistiger Behinderung (1 %).

Was beeinflusst die Chancen behinderter Bewerber?

Drei gewichtige Faktoren beeinflussen die Bereitschaft zur Ausbildung behinderter Menschen positiv: die Größe des Unternehmens (s. oben), die Existenz eines Betriebsrats und Probleme bei der Besetzung offener Stellen. „Fachkräfteengpässe scheinen unter sonst gleichen Bedingungen die Beschäftigungschancen von Menschen mit Behinderung zu verbessern“, ergab die IW-Unternehmensbefragung. Weitere Faktoren beeinflussen die Ausbildungschancen – nicht alle auf positive Weise:

- Erfahrungen sind ein Türöffner: Wo bereits behinderte Beschäftigte arbeiten, hat auch der Fachkräftenachwuchs mit Behinderung größere Chancen.

- Unternehmen, die Jugendliche mit Migrationshintergrund oder sozial benachteiligte Jugendliche als Auszubildende beschäftigen, bilden auch häufiger Jugendliche mit Behinderung aus.
- Lange Ausbildungstradition ist ebenfalls ein gutes Zeichen für behinderte Jugendliche.
- Bilden Unternehmen mit einer vorbildlich qualitätsgesicherten Ausbildung eher behinderte Menschen aus? Schließlich könnten Maßnahmen wie die gezielte Prüfungsvorbereitung, Hilfe bei privaten Belastungen oder regelmäßiges Feedback Behinderte in ihrem Arbeitsalltag wirkungsvoll unterstützen. Diese Hypothese mag naheliegen, hat sich aber nicht bestätigt. Die Studie ergibt keinen positiven Zusammenhang von Ausbildungsqualität und Ausbildungsaktivität zugunsten behinderter Menschen.
- Unternehmen mit positiver Umsatzprognose bilden seltener Menschen mit Behinderung aus. Der Grund: Vermutlich sehen sich diese Betriebe zur schnellen Rekrutierung bereits qualifizierter Fachkräfte veranlasst.

Die unternehmerische Entscheidung, Jugendliche mit einer Behinderung auszubilden, werde „nicht vorrangig“ durch Engpässe auf dem Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt oder durch betriebswirtschaftliches Kalkül beeinflusst, fassen die Autoren zusammen. „Wichtiger sind ein unternehmerisches Bekenntnis zu Tradition und Vielfalt sowie Offenheit für neue Ideen.“

Was schreckt ausbildungswillige Unternehmen ab?

Die Ergebnisse der Unternehmensbefragung lassen eine Zweiteilung erkennen. **Unternehmen ohne Ausbildungserfahrung** mit behinderten Mitarbeitern sehen folgende Schwierigkeiten: kein Kontakt zu jungen Menschen mit Behinderung (68 %), keine geeignete räumliche und technische Ausstattung (73 %), hoher Betreuungsaufwand (54 %), fehlende Informationen über die erforderliche Unterstützung behinderter Menschen (55 %) und über Fördermöglichkeiten (49 %). Sorgen machen auch der bürokratische Aufwand sowie die Mehrbelastung wegen des erhöhten Urlaubsanspruchs, eines umfangreicheren Kündigungsschutzes und krankheitsbedingter Fehlzeiten.

Unternehmen mit Erfahrung in der Ausbildung behinderter Mitarbeiter nennen diese Probleme: keine oder zu wenig Bewerber mit Behinderung (79 %), keine betrieblichen Möglichkeiten, mehr Ausbildungsplätze für Menschen mit Handicap anzubieten (66 %), Schwierigkeiten der Integration in den betrieblichen Alltag (52 %), hoher Betreuungsaufwand (43 %) sowie das Fehlen qualifizierter Ausbilder (42 %) und geeigneter Unterstützungsangebote (39 %). Sorgen vor hohem bürokratischem Aufwand, vor Mehrbelastung und krankheitsbedingten Fehlzeiten spielen für erfahrene Unternehmen eine geringere Rolle als für unerfahrene Unternehmen.

Auf dem Wunschzettel: Der Lotse, ein Freund und Helfer

Ob ohne oder mit Erfahrung: Eine beträchtlicher Teil der Unternehmen bemängelt mangelnde Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für die Ausbildung behinderter Menschen. Diese Wahrnehmung der Befragten lassen die IW-Forscher nicht unkommentiert: „Grundsätzlich stehen ihnen vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung. Dafür liegt unter www.rehadat.de ein umfangreiches Informationsangebot zu behindertengerechten Arbeitsplatzanpassungen und Fördermöglichkeiten vor. Solche Informationen scheinen jedoch längst nicht allen Unternehmen bekannt zu sein.“

Die Autoren räumen ein, dass es aufgrund der Vielzahl von Behinderungsarten nicht in jeder Region das passende Unterstützungsangebot gibt. Zumal viele flankierende Maßnahmen von den Befragten als nützlich bewertet und auch genutzt würden. Das gelte etwa für den Förderunterricht an der Berufsschule, Betriebswirtschaftliche Schule oder die sozialpädagogische Begleitung von Auszubildenden. In diese Richtung ziele auch die „Assistierte Ausbildung“ in der von Sozialpartnern, Bund und Länder gegründeten „Allianz für Aus- und Weiterbildung“, merkt die IW-Studie an.

Deutlich wird, dass größere Transparenz hinsichtlich der verfügbaren Fördermaßnahmen und mehr Hilfestellung bei deren Umsetzung die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen

erhöhen könnte. In diese Richtung geht der überwiegende Wunsch der Personalverantwortlichen nach einem festen externen Ansprechpartner für alle organisatorischen Fragen, der während der gesamten Ausbildungszeit eine Lotsenfunktion übernimmt (78 %). Zwar gebe es auf lokaler Ebene bereits die Inklusionslotsen des Programms „Wirtschaft Inklusiv“ und die Inklusionsberater der IHK, merken die Autoren an. Solche Angebote bedürften aber möglicherweise einer stärkeren Verankerung auf Landes- und Bundesebene. Ebenfalls weit oben auf dem Wunschzettel der Unternehmen steht geeignetes Ausbildungsmaterial für Auszubildende mit Behinderung in leicht verständlicher Sprache (74 %). Auch hier sieht die IW-Studie durchaus Handlungsbedarf: „Diese Maßnahme verspricht ein großes Erfolgspotenzial.“

*Christoph Metzler / Sarah Pierenkemper / Susanne Seyda:
Menschen mit Behinderung in der dualen Ausbildung –
Begünstigende und hemmende Faktoren, in: IW-Trends 4/2015,
hg. v. Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, S. 37-51 [Download](#).*

Pflege

Vorzeige-Engagement in Jülich: Bürger lotsen Bürger

Sie sind aus dem Alltag vieler hilfsbedürftiger Menschen nicht wegzudenken – freiwillige Helfer, die dort zur Stelle sind, wo die Versorgung durch das Gesundheits- und Pflegesystem nicht ausreicht oder Familien keine Unterstützung leisten: Grüne Damen im Krankenhaus, Ehrenamtliche in der Freizeitgestaltung im Altenheim, Freiwillige beim Besuchs- und Einkaufsdienst in der Nachbarschaft. Das Deutsche Zentrum für Altersfragen widmet die aktuelle Ausgabe seines „Informationsdienst Altersfragen“ dem bürgerschaftlichen Engagement im Gesundheits- und Pflegebereich. Ein dort vorgestelltes Projektbeispiel widmet sich dem Beratungsangebot ehrenamtlicher Demenzlotsen in Jülich. Das preisgekrönte Projekt verschaffte der Stadt die Aufnahme in das Bundesförderungsprogramm „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ und findet mittlerweile Aufmerksamkeit in weiteren Kommunen.

Das Ziel: eine demenzgerechte Stadt

Wenn Kommunen ihre Zukunft planen, dann geht es üblicherweise um Bereiche wie Gewerbepolitik, Schulentwicklung und Haushaltsausgleich. Den Verantwortlichen in Jülich ist darüber hinaus der demografische Wandel sehr präsent. In der 34.000-Einwohner-Kommune zwischen Köln und Aachen zählt gegenwärtig jeder zehnte Bürger zur wachstumsstärksten Bevölkerungsgruppe der Hochbetagten. 2030 wird jeder dritte Jülicher 65 Jahre und älter sein,

eine Entwicklung, die hier wie allerorten mit einem Anstieg demenzieller Erkrankungen einhergeht. Erste Überlegungen im Jahr 2010 unter Federführung des Amtes für Familie, Generationen und Integration der Stadt Jülich zielten darauf ab, die Versorgungsstrukturen der Kommune demenzgerecht auszurichten. „In einem ersten Workshop wurde damals gemeinsam mit Betroffenen, ihren Angehörigen und lokalen professionellen und ehrenamtlichen Akteuren überlegt, was es braucht, um von Demenz Betroffenen und ihren Familien die erforderliche Unterstützung im Alltag zu geben“, beschreibt die städtische Projektleiterin Beatrix Lenzen die Anfänge.

Kostenfrei, neutral, niedrigschwellig

Schnell wurde klar, woran es mangelt: Betroffene fühlen sich außerhalb des ärztlichen Behandlungszimmers alleine gelassen. Gerade in der Anfangszeit nach der Diagnosestellung fehlen ihnen Informationen über wohnortnahe Hilfs- und Entlastungsangebote. Aus dieser Bestandsaufnahme ging das Projekt ehrenamtlicher Demenzlotsen hervor. Noch in der Planungsphase, im Jahr 2011, heimste das Vorhaben im landesweiten Ideenwettbewerb der Freiwilligendienste „Bürger.Leben.Kommune“ einen vom Generali-Zukunftsfonds gestifteten Geldpreis über 4.000 Euro ein. Mit diesem Startgeld wurde 2012 das Projekt „Ehrenamtliche Demenzlotsen“ ins Leben gerufen. Es basiert auf der „kostenfreien, neutralen und niedrigschwelligem Beratung“ betroffener Bürger durch

freiwillige Helfer. Die Stadt stellt einen Stellenanteil für die Projektleitung und den Beratungsraum im Stadtteilzentrum zur Verfügung. Der Fortbildungsbedarf des Lotsenteams wird durch Spenden getragen.

Erst Schulung, dann regelmäßige Fortbildung der Lotsen

In einer 60-stündigen Schulungsreihe wurden zunächst sechs Freiwillige auf ihre Aufgaben vorbereitet. Experten u. a. von der Alzheimer Gesellschaft des Kreis Düren, vom Demenz-Service-Zentrums in Alsdorf und der Caritas in Jülich bürgten für kompetente Inhalte. Auf dem Lehrplan standen Themen wie Kommunikation und Interaktion mit Demenzkranken, Grundlagen des Leistungsrechts, Wohnraumanpassung bei Demenz, Unterstützungsangebote in der Stadt und Region sowie Strategien der Entlastung pflegender Angehöriger. Der theoretischen Grundausbildung schloss sich ein mehrtägiges Praktikum in einer Altenpflegeeinrichtung an.

Die Ehrenamtlichen erhalten regelmäßig Fortbildungen, zum Beispiel zum Pflegestärkungsgesetz. Zu den Fallberatungen im Team kommt einmal im Quartal eine systemische Fallberatung durch einen externen Coach. „Diese Beratung dient vor allem der Reflexion komplizierter Beratungskontexte und der Entwicklung eines gemeinsamen lösungsorientierten

Beratungsansatzes.“

Selbstbestimmt leben, Angehörige entlasten

Die Lotsen sind Ansprechpartner für Betroffene und deren Angehörige und fungieren als Wegweiser durch das wohnortnahe Versorgungsangebot. Sie informieren über zuständige Ärzte, Pflegeeinrichtungen und Beratungsstellen und können auf gesetzliche Pflege- und Betreuungsleistungen hinweisen, erläutert Lenzen. Kurzum: „Das Projekt soll ein möglichst selbstbestimmtes Leben in der gewohnten Umgebung fördern und Angehörige entlasten.“ Interessierte wenden sich über ein Beratungstelefon an die Demenzlotsen. Auf Wunsch sind auch Hausbesuche oder Gespräche im Stadtteilzentrum möglich.

Vernetzung schafft breites Versorgungsangebot

Das Amt für Familie, Generationen und Integration steuert den Prozess, Jülich als demenzfreundliche Stadt zu positionieren, moderiert die Vernetzung lokaler und regionaler Kooperationspartner und stößt Veranstaltungen und Initiativen an. Zu den Kooperationspartnern gehören etwa die Alzheimer Gesellschaft Kreis Düren, das Demenz-Servicezentrum Regio Aachen/Eifel, die lokale Diakoniestation, Pflegedienste, Altenwohnheime und der Seniorenbeirat der Stadt Jülich.

Seit 2014 nimmt die Stadt Jülich am Bundesförderungsprogramm „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ teil. Dank dieser Initiative soll sich die Zahl von bislang 143 unterstützten lokalen Allianzen – etwa Kommunen, Mehrgenerationenhäuser, Vereine, Organisationen, Kirchengemeinden, Ärzte und kulturelle Einrichtungen – bis Ende 2016 auf bundesweit bis zu 500 erhöhen. Die Lotsen in Jülich profitieren von der Expertise des Netzwerks und bringen aus ihrem Alltag neue Erfahrungen ein. Veranstaltungen wie der „1. Jülicher Aktionstag Demenz“ (2014), die Fortbildungsreihe „Umgang mit Demenz“ für Beschäftigte der Jülicher Behörden sowie intergenerative Projekte unter Einbeziehung von Schulen, Familienzentren und Vereinen sollen helfen, Betroffene und Kooperationspartner zusammenbringen.

Für die kommenden Monate sind Fachveranstaltungen etwa über den Umgang mit dementen Personen in der therapeutischen Praxis, im Rettungseinsatz oder im öffentlichen Personenverkehr fest geplant. „Richtschnur unserer Arbeit ist die Frage: Was brauchen die Erkrankten, was brauchen die Angehörigen?“, fasst Lenzen die vielfältigen Aktivitäten und Zielperspektiven auf dem Weg zur demenzgerechten Stadt zusammen.

Demenz – ein Tabu schwindet

Die Arbeit der Demenzlotsen musste sich erst herumsprechen, inzwischen konnten nahezu 100 Beratungsanfragen bearbeitet werden. „Sicherlich profitiert das Projekt hinsichtlich seines wachsenden Bekanntheitsgrades auch von der „Lokalen Allianz für eine demenzfreundliche Stadt Jülich“, wodurch die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert wird. Wir beobachten eine zunehmende Enttabuisierung der demenziellen Erkrankung. Immer mehr Betroffene und Angehörige trauen sich, mit der Diagnose an die Öffentlichkeit zu gehen und Hilfe anzunehmen“, resümiert Projektkoordinatorin Lenzen. Inzwischen wurden die Demenzlotsen als Vorzeigeprojekt in einigen benachbarten Kommunen vorgestellt.

Beatrix Lenzen, Ehrenamtliche Demenzlotsen der Stadt Jülich – Ein Beratungsangebot für Betroffene in der Kommune, in: Informationsdienst Altersfragen, hg. v. Deutschen Zentrum für Altersfragen, Heft 6, 2015, Seite 3-21. Als Download [hier](#) verfügbar.

Gesundheit

Fit in den Frühling: Fitness-Trends 2016

Wenn der Winter schwindet, füllen sich die Geschäfte und Schaufenster wieder mit Sportkleidung, Yogamatten, Fitnessarmbändern und Gesundheitsdrinks. Kollegen berichten begeistert vom neuen „Fit-Jump-Kurs“ – Trampolinspringen als Ganzkörpertraining. Der Bewegungsboom ist unverkennbar.

Die Fitnessbranche ist eine innovative Branche, die sich rasant entwickelt, stellt auch der Arbeitgeberverband deutscher Fitness und Gesundheits-Anlagen (DSSV) fest. Er gibt jährlich eine Einschätzung ab, welche Trainingsformen sich bewährt haben und welche neu hinzukommen.

Das bleibt: von HIT bis Yoga

„Functional Training“ ist einer der größten Trends in der Zeit von 2013 bis 2015, der auch 2016 hoch im Kurs bleiben wird. Viele Fitnessstudios widmen sich verstärkt dem ganzheitlichen Training. Hierbei werden nicht nur einzelne Muskelpartien, sondern ganze Muskelgruppen angesprochen. Die alltagsnahen Übungen werden meist mit dem eigenen Körpergewicht oder kleinen Hilfsmitteln durchgeführt

Ein „HIT“ ist und bleibt das „High Intensity Training“. Hier geht es darum, mit besonders geringem zeitlichen Aufwand sehr hart zu trainieren, um ein effektives Ergebnis zu erzielen. Das Motto lautet hier: „Hart, kurz, selten“. Gleichmaßen bedeutsam

ist das Entspannungstraining. Hierbei reicht das Angebot vom klassischen Yoga über Pilates bis hin zum Stressmanagement.

Hoch im Kurs steht nach wie vor das Personal- bzw. Kleingruppentraining, bei dem es auf individuelle Betreuung durch qualifiziertes Personal ankomme.

Das kommt: neue Trends 2016

Der vorherrschende Trend in der Fitnessbranche bleibt die Professionalisierung. DIN-zertifizierte Fitness-Anlagen werden sowohl für die Studios als auch für die Kunden wichtiger. Die neu geschaffene DIN 33961 ermögliche es, die Qualität der Sportstudios nach objektiven Kriterien wie Mitarbeiterqualifikation, Kundenvertrag, Sicherheitsstandards, Betreuungssysteme und Geräteausstattung zu beurteilen.

Bei zertifizierten Präventionskursen wird 2016 ein Boom erwartet. Dies sei durch das Präventionsgesetz, das am 25. Juli 2015 in Kraft getreten ist, und eine Verdopplung der Krankenkassengelder für Präventionsangebote nach sich zieht, begründet. Der Ausgabenrichtwert werde von 3,09 Euro auf 7,00 Euro pro Person angehoben. Davon sollen 2 Euro in das Betriebliche Settingansätze, 2 Euro in das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) und 3 Euro in die individuelle Prävention fließen. Die Kassen werden voraussichtlich jährlich

ca. 490 Millionen Euro in Gesundheitsförderung und Prävention investieren. Für Präventionskurse, die bei der Zentralen Prüfstelle Prävention (ZPP) zertifiziert wurden, übernehmen sie bis zu 80 Prozent der Kosten. Der Branchenverband ist sich sicher, dass dies dazu beiträgt, dass viele Kursteilnehmer künftig regelmäßig Sport treiben.

Instrumente und Methoden zur Selbstvermessung – Wearables, Fitness Tracker, Smart Watches – werden den Markt noch weiter durchdringen. 2015 seien davon 90 Millionen verkauft worden. Marktforschungsinstitute sagen einen Anstieg auf weltweit rund 485 Millionen Einheiten voraus. Intelligente Uhren und Armbänder würden auch für das „normale“ Fitness-Studio-Mitglied interessant. Die Tracker könnten sowohl Bewegungen im Alltag als auch das Training mit elektronischen Fitnessgeräten im Studio messen und so den Trainingserfolg optimieren.

Präventionskurse in Firmen und an Schulen

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) wird auch an Bedeutung gewinnen. Gegenwärtig bietet bereits jeder dritte Arbeitgeber in Deutschland seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Fitness- oder Sportangebote zu vergünstigten Preisen an. Die Tendenz sei stark steigend. BGM gehe noch einen Schritt weiter, indem es bereits im Betrieb für

gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen bis hin zum Demografie- und Fehlzeitenmanagement Sorge. Der DSSV rechnet damit, dass in den kommenden fünf Jahren ein Viertel der Fitnessstudioeinnahmen aus dem Firmenumfeld kommen.

Bewegungskurse für Kinder werden ebenfalls zunehmen. Ein Hauptgrund wird hier im Bewegungsmangel sowohl in der Schule als auch in der Freizeit gesehen. Zertifizierte Kurse für die 8- bis 14-Jährigen, die bis zu 100 Prozent von der Krankenkasse übernommen werden, könnten Stress, Aufmerksamkeitsstörungen, Konzentrationsschwächen, Lese-, Schreib- und Rechenschwächen sowie Lern- und Verhaltensauffälligkeiten reduzieren. Erreicht werde dies beispielsweise durch gezielte Überkreuzübungen, die Schulung der Koordination und psychomotorische Spielelemente.

Den optimistischen Ausblick des Arbeitgeberverbandes für die Fitnesswirtschaft können Sie [hier](#) abrufen.

Non-Profit-Management

Kinder- und Jugendhilfe: Interessenkonflikt als Kostentreiber?

Von der Kindergartenbetreuung über die sozialpädagogische Einzelfallhilfe bis zur Heimerziehung: Kinder- und Jugendhilfe umfasst die staatlichen Leistungen für junge Menschen und deren Familien. Sie soll denjenigen helfen, die alleine überfordert wären. Im Jahr 2013 gaben Bund, Länder und Gemeinden dafür 35,5 Milliarden Euro aus – eine Kostensteigerung von 72 Prozent in zehn Jahren. Auffallend sind auch die großen Ausgabenunterschiede der Bundesländer. So liegen die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe bei den unter 18-Jährigen in Berlin mit 3.900 Euro fast doppelt so hoch wie in Schleswig-Holstein mit 2.200 Euro; die Ausgaben für Erziehungsberatung pro Fall sind in Mecklenburg-Vorpommern mehr als zehnmal so hoch wie in Niedersachsen.

Wie kann das sein? Werden junge Menschen entsprechend besser betreut und gefördert? Unterscheiden sich ihre Lebensbedingungen von Bundesland zu Bundesland gravierend? Diesen Fragen geht das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einer neuen Studie nach. Den Abschluss bilden Vorschläge zur weiteren Evaluation der Kostenstrukturen und zur institutionellen Reform im System der Kinder- und Jugendhilfe.

Ausgabenstruktur

Ein Teil der Kostensteigerungen in der Kinder- und Jugendhilfe geht auf Tarifsteigerungen bei der Entlohnung zurück. Der Löwenanteil der Zunahme entfällt der Studie zufolge auf

die Kindertagesbetreuung – von 2003 bis 2013 stieg ihr Anteil von 12 auf 23 Milliarden Euro. Auch die Kosten für Hilfen zur Erziehung (u. a. Erziehungsbeistand, Pflegefamilien, Heimerziehung) haben sich in diesem Zeitraum auf neun Milliarden Euro fast verdoppelt. Auf Jugendarbeit entfielen zwei Milliarden Euro, auf die Förderung der Erziehung in der Familie eine Milliarde Euro. Der Anteil der Ausgaben an öffentliche Träger variiert in den einzelnen Jugendhilfebereichen von 50 bis 96 Prozent. „Betrachtet man dagegen die Anzahl der Einrichtungen, so dominieren eindeutig die freien Träger.“

Gewaltige Ausgabenunterschiede in den Bundesländern

Bei den Ausgaben pro Einwohner und pro unter 18-Jährigen führten im Jahr 2013 Berlin (572 Euro), Bremen (571 Euro) und Hamburg (534 Euro) die Tabelle an, während Mecklenburg-Vorpommern (390 Euro), Thüringen (385 Euro) und Schleswig-Holstein (374 Euro) das Schlusslicht bilden. NRW rangiert mit 436 Euro im Mittelfeld, der bundesweite Durchschnitt liegt bei 441 Euro.

Bei den Ausgaben pro Kind bzw. Jugendlichen öffnet sich die Schere noch weiter. Spitzenreiter sind Berlin (3.904 Euro), Bremen (3.784 Euro) und Brandenburg (3.513 Euro), Tabellenletzte sind Bayern (2.381 Euro), Niedersachsen (2.242 Euro) und Schleswig-Holstein (2.201 Euro). NRW liegt mit 2.563 im unteren Drittel, dicht unter dem bundesweiten

Durchschnitt (2.704 Euro).

Die Bevölkerungsstruktur erklärt Einiges ...

Zum Teil lässt sich die hohe Varianz zwischen den Bundesländern durch unterschiedliche Angebote der Kinderbetreuung erklären, begründen die IW-Ökonomen. Eine Rolle spielt auch die erhöhte Nachfrage nach Leistungen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsstruktur: Regionen mit mehr Ehescheidungen, Arbeitslosigkeit oder Kriminalität weisen eine höhere Fallzahl von Gefährdungen des Kindeswohls auf. Darin liegt eine Ursache für die hohen Ausgaben in Bremen (23,4 Fälle pro Tausend unter 18-Jährigen) und Berlin (20,2 Fälle) gegenüber zum Beispiel Niedersachsen (5 Fälle) und Baden-Württemberg (5,3 Fälle). Der Migrationshintergrund sorgte 2013 hingegen nicht für höhere Ausgaben. „Unabhängig davon wird der Zuzug von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aber für deutlich steigende Ausgaben sorgen.“

... aber längst nicht alles

Die Bevölkerungsstruktur allein kann nicht die teils riesigen Unterschiede in ausgewählten Leistungsbereichen erklären. So variieren die Kosten pro Gefährdungsfall zwischen 159.681 Euro in Niedersachsen und 41.763 Euro in Thüringen – ob hier wenig verausgabt wird oder ob das System besonders effizient ist, bleibe ungeklärt, merken die Autoren an. Ähnlich eklatant sieht die Streuung in weiteren Leistungsbereichen aus:

Die Ausgaben für die Erziehungsberatung pro Fall belaufen sich in Mecklenburg-Vorpommern auf 830 Euro, in Niedersachsen auf gerade mal 78 Euro (Deutschland: 161 Euro). Vollzeitpflege kostet in Berlin 23.770 Euro pro Fall, in Sachsen-Anhalt 9.073 Euro (Deutschland: 12.138 Euro). Für Heimerziehung werden in NRW 35.876 Euro pro Kopf berechnet, in Thüringen reichen 24.945 Euro (Deutschland: 32.802 Euro).

Fehlanreize beim Mitteleinsatz korrigieren!

Die äußeren Bedingungen für die Kinder- und Jugendhilfe mögen verschieden ein, die gewaltigen Ausgabenunterschiede erklären sie kaum. Die Autoren halten es für wahrscheinlicher, „dass deutliche Unterschiede bei der Effizienz des Mitteleinsatzes vorliegen.“ Ausgehend von einem geschätzten Umsatz der Wohlfahrtsunternehmen von 80 Milliarden Euro könne der Staat durch eine effizientere Mittelverwendung sehr viel Geld sparen. „Dies betrifft nicht nur die freien Träger, sondern auch die öffentlichen Träger, deren Effizienz ebenfalls auf dem Prüfstand steht. Die Studie plädiert für eine gründliche Leistungsevaluation, um die Angebote transparent zu machen. Kinder- und Jugendhilfe müsse zwar staatlich gefördert werden, es mangle aber an Elementen marktwirtschaftlicher Steuerung. So habe es seit dem Hauptgutachten der Monopolkommission (1998) zwar schon einige wettbewerbliche Fortschritte gegeben, ein Systemfehler aber bestehe fort: Im Jugendhilfeausschuss,

dem zentralen Lenkungsgremium des Jugendamtes, sind die Repräsentanten der freien Träger mit Stimmrecht vertreten. „Freie Träger sind also an Entscheidungen beteiligt, die sie persönlich betreffen – sie können dafür sorgen, dass sie selbst viele Aufträge erhalten.“

In diesem Zusammenhang führt die Studie aus, dass die stationäre Unterbringung von Kindern den freien Trägern Einnahmen von jährlich rund neun Milliarden verschafft. „Vor diesem Hintergrund stimmen die hohen Wachstumsraten mit 65 Prozent (seit 2005) bei den Inobhutnahmen und mit 20 Prozent (seit 2008) bei den Unterbringungen in Einrichtungen bedenklich.“ Zum Ausschalten solcher Fehlanreize gälte es, Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe flächendeckend zu evaluieren, um aus den gewonnenen Erkenntnissen wegweisende Best-Practice-Beispiele zu identifizieren. Das sei der wirkungsvollste Weg, um Qualität zu fördern und Ausgaben zu sparen.

Dominik H. Enste / Marie Möller: Was kostet die Kinder- und Jugendhilfe? – Ein Vergleich der deutschen Bundesländer, IW-Trends 4.2015, Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, hg. vom Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, Seiten 73-90.

Der Beitrag kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Europa

EU-Fördermittel für Opferschutzprojekte

Gewaltverbrechen gegen Kinder, Jugendliche, Frauen und nationale, ethnische oder religiöse Minderheiten sind Ausdruck von Menschenrechtsverletzungen und widersetzen sich unserer Wertevorstellung. Opfer von Gewaltverbrechen an besonders Schutzbedürftigen finden nach wie vor nicht ausreichend Unterstützung in unserer Gesellschaft. Laut der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte hat jede dritte Frau in der EU seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Studien deuten darauf hin, dass lediglich ein Drittel der Frauen, die Opfer von physischer oder sexueller Gewalt sind, Kontakt mit Behörden aufnehmen. Auch Kinder werden oft zu Opfern von Gewaltverbrechen. Laut einer Studie sind fast 10 Prozent der Kinder in der EU von sexuellen Missbrauch betroffen, 23 Prozent sind physischer und 29 Prozent psychischer Gewalt ausgesetzt. Die Dunkelziffer über Gewaltverbrechen in Europa dürfte noch höher liegen.

Um diesen Formen der Gewalt zu begegnen, stellt die EU-Kommission Fördermittel für Projekte bereit, die sich gegen die Gewalt an Kindern, Jugendlichen, Frauen und anderen gefährdeten Gruppen in der Gesellschaft richten.

Im Rahmen des EU-Förderprogramms „Daphne“ läuft noch bis zum 1. Juni 2016 eine Ausschreibung für nationale oder transnationale Projekte zur Förderung multidisziplinärer und sektorenübergreifender Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Diese Zusammenarbeit

soll dazu führen, dass Fachkräfte effektiver zusammenarbeiten, um Gewalt gegen Frauen und Kinder zu verhindern. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Ermutigung von Opfern und Zeugen, Fälle von Gewalt bei den zuständigen Behörden und Einrichtungen zu melden, damit der Zugang zur Unterstützung wie Beratungsstellen für Frauen und Kinder oder Frauenhäuser erleichtert werden kann.

Teilnahmeberechtigt an der Ausschreibung sind gemeinnützige Organisationen und Behörden mit Sitz in den EU-Mitgliedstaaten, Island und Lichtenstein. Insgesamt stehen 3 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung. Pro Projekt sollen mindestens 75.000 Euro EU-Fördermittel (bei einer Förderquote von 80 Prozent) beantragt werden.

Bewährte Verfahren gegen Gewalt

Bereits im Vorjahr hat die EU-Kommission in einem ähnlichen Aufruf acht vielversprechende Projekte mit insgesamt 4,5 Millionen Euro im Rahmen des Programms „Daphne“ gefördert.

Ein mit rund 340.000 Euro gefördertes Projekt ist „Alternative Future“. Es setzt sich für Opfer von Gewaltverbrechen im Kindesalter ein. An diesem Projekt beteiligen sich Organisationen aus sechs verschiedenen EU-Mitgliedstaaten – darunter mit Dissens e.V. aus Berlin auch ein gemeinnütziges deutsches Bildungsinstitut – mit dem Ziel, die Bedürfnisse

von Gewaltopfern zwischen 12 und 18 Jahren durch die Qualifizierung von Fachkräften der stationären Kinder- und Jugendhilfe besser zu adressieren. Auf Basis einer Bedarfsanalyse in den teilnehmenden Staaten soll ein Praxisentwicklungsprogramm konzipiert werden, in dessen Rahmen Pädagogen Fortbildungen erhalten und selbst entwickelte Maßnahmen erproben. Die Ergebnisse sollen veröffentlicht und erfolgreiche Strategien und Maßnahmen verbreitet werden.

Ein weiteres gefördertes Projekt leitet die „Brunel Universität“ in London in Zusammenarbeit mit sieben weiteren Universitäten aus vier EU-Mitgliedstaaten. Gefördert mit über einer Million Euro befasst sich das Projekt „Universities Supporting Victims of Sexual Violence“ mit der Ausbildung von Universitätspersonal im Umgang mit Opfern sexueller Gewalt. In dem Projekt werden Ausbildungsmethoden zur Erstreaktion auf Sexualverbrechen in Bildungseinrichtungen entwickelt, um Mitarbeiter für die angemessene Betreuung und Unterstützung von Opfern zu schulen. Die Ausbildungsmethoden sollen in Bildungseinrichtungen angewendet und institutionalisiert werden. Die Ergebnisse aus diesem Projekt sollen verbreitet werden und es soll ein internationales Netzwerk aus Experten, Fachkräften und Akteuren entstehen, um den Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der sexuellen Gewaltverbrechen zu fördern.

Auch wenn durch vielversprechende Projekte, gesellschaftliches Engagement und politische Unterstützung die Rechte von Opfern von Gewaltverbrechen in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt wurden, zeugt die Statistik nach wie vor von den Problemen in der Bekämpfung von Gewaltverbrechen von Schutzbedürftigen in unserer Gesellschaft.

Weitere Informationen zum Programm „Daphne“ und die Ausschreibungsunterlagen finden Sie bei der EU-Kommission unter oder im EU-Fachinformationssystem EUFIS unter www.eufis.eu/3296.html (kostenfreie Registrierung möglich).

Weitere Informationen zu den Projekten „Alternative Future“ und „Universities Supporting Victims of Sexual Violence“

Gesellschaft

Bürger im Sozialstaat: Hohe Erwartungen, tief enttäuscht

„Wohlstand für alle“, verhiess Ludwig Erhard in seiner 1957 veröffentlichten Programmschrift zur Sozialen Marktwirtschaft. Das gleichnamige Buch des damaligen Wirtschaftsministers, der als „Vater des Wirtschaftswunders“ in die Geschichtsbücher einging, verkauft sich noch immer. „Das Erhard'sche Ziel ‚Wohlstand für alle‘ ist heute nur mehr eine Illusion“, hält Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dagegen. Sein derzeit vieldiskutiertes Buch „Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird“, liest sich als illusionslose Abrechnung: „Deutschlands soziale Marktwirtschaft, wie wir sie über sieben Jahrzehnte gekannt haben und in der die soziale Sicherung aller Bevölkerungsgruppen gewährleistet war, existiert nicht mehr.“

Verteilungsgerechtigkeit außer Balance

Nicht alle Ökonomen stimmen diesem düsteren Befund zu. Weithin Einigkeit besteht aber darin, dass es schlecht um die Verteilungsgerechtigkeit in diesem Land steht. Vermögen und Einkommen driften auseinander, Chancengleichheit und soziale Mobilität sind für eine wachsende Schicht von Geringverdienern in weite Ferne gerückt. Hier besteht Handlungsbedarf: weil schroffe Ungleichheit den sozialen Zusammenhalt gefährdet, gesellschaftliche Innovationsfähigkeit hemmt und das Wirtschaftswachstum bremst.

Vertrauen und Reform

Der moderne Wohlfahrtsstaat ist eine der „wichtigsten Institutionen“, um den gesellschaftlichen Zukunftsanforderungen gerecht zu werden, sagt Soziologe Jürgen Kohl, emeritierter Professor für Soziologie der Universität Heidelberg. Die sozialen Sicherungssysteme bieten Schutz vor Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit, das Bildungssystem eröffnet Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Aufstieg. „Umso wichtiger ist, dass wohlfahrtsstaatliche Institutionen einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung genießen“, urteilt Kohl. Nur, wie hat sich das Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat hierzulande verändert? Das untersucht Kohl in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Sozialforscher richtet dabei den Fokus auf mögliche Diskrepanzen zwischen dem Idealbild vom Wohlfahrtsstaat und den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung. „Solche Diskrepanzen sind im Grunde nichts Ungewöhnliches“, merkt Kohl an. Aber: „Sie signalisieren sozialpolitischen Handlungsbedarf und sind oft die Triebfeder entsprechender Reformbestrebungen.“ Mehr Tiefenschärfe sollen die Betrachtungen zur Lage in Deutschland durch den vergleichenden Blick nach Schweden und in die Niederlande bekommen.

Methodische Überlegungen

Die Untersuchung beruft sich auf eine breite Datenbasis: auf das International Social Survey Programme (ISSP), den European Social Survey (ESS) und das Eurobarometer. Ergänzend kommen zwei größere Studien zur Situation in Deutschland hinzu. Es handelt sich um das Projekt „Einstellungen zum Sozialstaat“ im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt „Der Einfluss des politischen Vertrauens auf die Unterstützung der Reform des Sozialstaates in Deutschland“.

Welchen Wohlfahrtsstaat wollen die Bürger?

Ziele und Prinzipien des Wohlfahrtsstaates werden in Deutschland ebenso wie in den Niederlanden und in Schweden von der großen Bevölkerungsmehrheit geteilt, stellt Kohl fest. Sozialstaatliche Kernfunktionen wie der Schutz bei Krankheit und Arbeitslosigkeit finden große Zustimmung. Die staatliche Zuständigkeit für die gesundheitliche Versorgung von Kranken und für das Auskommen alter Menschen rangiert dabei höher als die Sicherung des Lebensstandards von Arbeitslosen. In Ostdeutschland (NBL) sind die sozialstaatlichen Erwartungen durchweg ausgeprägter als in Westdeutschland (ABL), etwa in puncto Beschäftigungsgarantie und garantiertes

Mindesteinkommen. Die Bürger in beiden Teilen Deutschlands präferieren tendenziell unterschiedliche normative wohlfahrtsstaatliche Modelle, erklärt Kohl: „Im Westen das (...) konservativ-korporatistische Modell, das soziale Verantwortung nicht nur beim Staat, sondern auch bei den Arbeitgebern und nicht zuletzt auch bei den Individuen selber sieht, im Osten ein eher sozialistisch-sozialdemokratisch geprägtes Modell mit einer stärkeren egalitaristischen Orientierung.“

Wie steht es um die gefühlte Verteilungsgerechtigkeit?

Zwischen 1999 und 2008 nahm die Zustimmung zur Aussage „Die Einkommensunterschiede in Deutschland sind zu groß“ in den ABL von 76 auf 89 Prozent zu und näherte sich somit den konstant höheren Zustimmungswerten im Osten an. 1995 und 2001 war die Hälfte der Bundesdeutschen der Meinung, die soziale Gerechtigkeit habe abgenommen, zwischen 2005 und 2008 schnellte der Anteil auf drei Viertel hoch.

Höchste Einkommensungleichheit in Deutschland

„Die vorgestellten Befunde geben der verbreiteten Rede einer von der Mehrheit der Bevölkerung empfundenen, ‚Gerechtigkeitslücke‘ eine anschauliche empirische Bestätigung“,

fasst Kohl zusammen. Im Vergleich zu den Niederlanden und Schweden weist Deutschland die höchste Einkommensungleichheit (2016) und die stärkste Zunahme der ungleichen Verteilung auf. Nach Eurostat-Berechnungen liegt die Quote der durch relative Armut oder soziale Exklusion gefährdeten Personen für Deutschland bei 20,3 Prozent, für die Niederlande bei 14,6 Prozent und für Schweden bei 16,4 Prozent (2013). Doch die zunehmende Einkommensungleichheit korrespondiert mit unverändert traditionellen Erwartungen der Bürger an Schutz und Fürsorge durch den Sozialstaat. „Mit anderen Worten: Die Akzeptanz der grundlegenden Prinzipien und Ziele des Sozialstaates (Soll-Zustand) kollidiert mit der Bewertung seiner Leistungen und Defizite (Ist-Zustand).“

Wie bewerten die Bürger die Leistungen des Wohlfahrtsstaates?

Die Deutschen lassen auf ihren Wohlfahrtsstaat nichts kommen: Schon kurz nach der Vereinigung sprachen sich in den ABL 60 Prozent der Befragten für eine Beibehaltung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen aus, während in den NBL eine Mehrheit von 71 Prozent für eine Ausweitung votierte. Zusätzliche Sozialleistungen werden sogar dann gewünscht, wenn dafür Steuern erhöht werden müssten. Die Zustimmung dazu liegt jedoch auf einem deutlich geringeren Niveau. Das hat sich auch Jahre später nicht geändert: „Die Bevölkerung

in Deutschland hält die Staatsausgaben für die soziale Sicherung für unzureichend“, konstatiert Studienautor Kohl. Bei den sozialpolitischen Prioritäten stehen Kinder und Familien an erster Stelle, gefolgt von den Bereichen Pflege, gesundheitliche Versorgung und Grundsicherung für Bedürftige. Allerdings zeigt die Einstellung der Befragten zum Sozialstaat eine fragwürdige Ambivalenz: Die Bürger sind weder bereit, die Kosten etwa für eine verbesserte Kinderbetreuung über höhere Beiträge zu tragen, noch befürworten sie die Kürzungen anderer Familienleistungen.

Wie lässt sich sozialstaatliche Akzeptanz zurückgewinnen?

Die hohe Akzeptanz des Sozialstaats hierzulande kontrastiert auffällig mit der kritischen Bewertung seiner Leistungen, stellt Kohl fest. In den Niederlanden und in Schweden ist das anders: Dort fällt die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wertschätzung geringer aus. Hierzulande wird bereits die gegenwärtige Steuer- und Abgabenbelastung als zu hoch empfunden. „Hier zeigt sich ein unaufgelöster Widerspruch zwischen der Forderung nach höheren Leistungen und der Bereitschaft, zu ihrer Finanzierung beizutragen“, merkt Studienautor Kohl an. Diese widersprüchliche Haltung habe mehrere Ursachen, erklärt Kohl. So gingen die sozialpolitischen Reformen der vergangenen Jahre mit einer Leistungsreduzierung einher. Hinzu komme die

Unzufriedenheit mit der zunehmenden Einkommensungleichheit. Insgesamt sei das Vertrauen der Bürger in die Fähigkeit der Politik, den notwendigen Strukturwandel des Sozialstaates zu bewerkstelligen, ohne seine Leistungsfähigkeit noch weiter einzuschränken, deutlich zurückgegangen.

Schweden könne ein Beispiel geben, empfiehlt Kohl. Das hohe Vertrauen in Regierung und Parlament habe auch durch zwischenzeitlich vorgenommene Sozialreformen nicht gelitten. Noch immer seien die Schweden mit ihrem Wohlfahrtsstaat überaus zufrieden und nähmen dafür eine hohe Steuerbelastung in Kauf.

Ein komfortabel ausgestatteter Sozialstaat hat nunmal seinen Preis – dieser Zusammenhang müsse auch in Deutschland stärker betont werden. „Allerdings ist dabei auf eine faire Verteilung der Finanzierungslasten zu achten, da auch die Finanzierung eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit ist und davon die Akzeptanz einer höheren Belastung abhängt.“

Das Preis-Leistungsverhältnis des Wohlfahrtsstaates könne überdies durch Effizienzsteigerungen seiner Programme optimiert werden, regt Kohl an. Nicht jede Leistungsverbesserung müsse einen Anstieg öffentlicher Ausgaben zur Folge haben. Der Mindestlohn sei ein Beispiel

dafür. Verteilungskonflikte, wie sie generell bei sozialstaatlichen Reformen anstehen, könnten minimiert werden, wenn die beabsichtigten Maßnahmen einer Mehrheit der Bevölkerung zugute kämen und nicht lediglich spezifischen Bevölkerungsgruppen, so sehr diese im Einzelfall auch berechtigten Anspruch darauf erheben könnten.

Jürgen Kohl, Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates – Hohe Verantwortung, verlorenes Vertrauen? Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bonn 2016. 43 Seiten (Gute Gesellschaft – soziale Demokratie #2017plus)

Die Studie steht [hier](#) zum Download bereit.

Materialien

Soziale Marktwirtschaft: Von der deutschen Suche nach einer neuen Erzählung

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wachstum im Wandel. Chancen und Risiken für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Mit einer Einführung von Henrik Brinkmann, Benjamin Dierks, Armando García Schmidt, 2016, 192 Seiten (Hardcover) ISBN 978-3-86793-687-3, 25 Euro, E-Book / PDF (978-3-86793-732-0)

Exportstärke, Wachstum, Wohlstand: Die Soziale Marktwirtschaft steht für eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Seit dem Wirtschaftswunder der frühen Bundesrepublik bis zum anhaltenden Boom der Gegenwart beschert sie den Deutschen eine auch im Ausland vielbestaunte ökonomische Prosperität. Seit einiger Zeit aber wächst das Bewusstsein für eine tiefgreifende Veränderung dieses Wirtschafts- und Sozialmodells, für eine echte Bewährungsprobe. Steigende Staatsverschuldung und Finanzkrise haben Zweifel an seiner Zukunftstauglichkeit geweckt. Politik und Wirtschaft bleiben eine schlüssige Antwort auf zentrale Herausforderungen wie demografischer Wandel, Globalisierung und Digitalisierung schuldig.

In diese aufgewühlte Problemlage stößt jetzt eine Interviewsammlung der Bertelsmann-Stiftung. Zwölf profilierte Vertreter aus Wissenschaft und Kultur beschreiben darin ihre Sicht gegenwärtiger Herausforderungen und skizzieren zukunftsorientierte Lösungsideen. Interviewt wurden u. a. Heinz Bude (Universität Kassel), Anke Hassel (Jacobs University Bremen) und Paul Nolte (FU Berlin). Zielpunkt aller

Überlegungen bildet das inklusive Wachstum, also Maßnahmen, die Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand für alle sichern sollen. Ein einführender Beitrag der Stiftung bündelt zentrale Aussagen der Interviews in folgenden zehn „Konfliktfeldern wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels“.

1. Paradise Lost. Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft geht verloren.

„Es gibt diese Angst, in einem schwarzen Loch zu verschwinden – und zwar sowohl bei Leuten, die zum Dienstleistungsproletariat gehören, als auch bei der besseren Mittelklasse. Es gibt immer mehr Leute, die irgendwie merkwürdig verstimmt sind, verbittert.“ So beschreibt der Makrosoziologe Heinz Bude eine latente Stimmung im Lande, die auf einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel verweist: Der Bundesrepublik kommt die gemeinsame Erzählung abhanden. Ihren Anfang nahm sie im Mythos von der Stunde Null, der Initialzündung für das spätere Wirtschaftswunder mit reichen Früchten für alle. Doch 60 Jahre später ist die soziale Komponente der Marktwirtschaft nicht mehr selbsterklärend. Liberalisierung des Arbeitsmarktes, Hartz-Gesetze und Ausweitung des Niedriglohnssektors stehen für die Zunahme sozialer Ungleichheit. Erwerbsbiographien sind brüchig geworden, der Wettbewerb selektiert gnadenlos in Gewinner und Verlierer. Das wirft Fragen für die Autoren der Bertelsmann-Stiftung auf: „Wie kann eine dynamische Gesellschaft Zusammenhalt schaffen, Lastenausgleich

organisieren und die Menschen dabei behalten? Was wollen wir unter Sozialer Marktwirtschaft künftig verstehen?“

2. Höher, schneller, weiter. Der Optimierungszwang erfasst alle Lebensbereiche.

Mit dem Turbokapitalismus zog das nagende Gefühl persönlichen Ungenügens in die Gefühlswelt der Menschen ein. Beschleunigung, Leistungsverdichtung und soziale Abstiegsängste zehren an der Zufriedenheit. „In unsicherer werdenden Verhältnissen folgt nicht nur die Gesellschaft, sondern jeder für sich dem Ziel, wettbewerbsfähig zu sein“, begründen die Autoren. Von der Schönheits-Chirurgie bis zum Problem-Coaching hat der Optimierungsdrang die Persönlichkeit im Griff – das Ich-Marketing hat Konjunktur. Die Digitalisierung dürfte den Druck zur Selbstoptimierung bestärken, befürchten die Autoren. Self-Tracking, der Trend zur digitalen Selbstvermessung, gibt einen ersten Vorgeschmack darauf; Visionen vom hybriden Menschen, der mittels implantierter Prozessoren seinen Alltag meistert, sind nicht mehr als Science Fiction abzutun.

3. Schöne neue Welt. Die technische Transformation schreitet voran und formt die Gesellschaft

Sekundenschnelle Kommunikation über Kontinente hinweg, Menschen, die am heimischen Rechner ihr Startup gründen, der Abbau von Herrschaftswissen – die Digitalisierung eröffnet ungeahnte Möglichkeiten der sozialen Teilhabe. Sie birgt aber auch das Potenzial, riesige Datenmengen in Profit- und Machtoptionen zu verwandeln. Big Data lässt grüßen: „Die Digitalisierung ist vordergründig extrem demokratisch. Jeder von uns hat die Möglichkeit, die Dienste zu nutzen. Nicht demokratisch ist, wenn man nicht versteht, wie man den Computer wirklich nutzen kann“, gibt IT-Forscherin Katharina Zweig (TU Kaiserslautern) zu bedenken. Die Netzwerkökonomie mit ihrer verstärkt wissensbasierten Arbeit schafft hochqualifizierte Jobs, doch im Gegenzug werden ganze Wirtschaftszweige verschwinden. Bevor die Digitalisierung immer weitere Lebensbereiche umkrepelt, brauchen wir schlicht mehr Ausbildung im Umgang mit dieser Technik, fordert Zweig. Gefragt sei auch mehr Wissen darüber, wie sich IT-Systeme und die Gesellschaft gegenseitig beeinflussen: „Es könnte also auch das Jahrhundert der Humanwissenschaften werden und nicht nur das Jahrhundert der Digitalisierung.“

4. Geteilte Freude. Neues Arbeiten und neuer Konsum in der Sharing Economy

Digitalisierte Märkte fördern neue Konsumstile, sagt Birger Priddat, Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaft und Philosophie an der Universität Witten/Herdecke. Da ist zum einen der Rückgang der Massenproduktion: Individuelle Datenprofile erlauben zielgruppengenaue Marketingstrategien für maßgeschneiderte Produkte. Zum anderen sind Konsum und gesellschaftliche Teilhabe von popkulturellen Verhaltensmustern geprägt: „Das Leben ist ein Rockkonzert“, bringt es Priddat auf den Punkt. Was zählt, ist der Eventcharakter, die spontane Teilnahme ohne tiefere Verpflichtung. Aus diesem Grund werden zumindest in der Konsumwelt Nutzung und Besitz im Gegensatz zum Eigentum an Bedeutung gewinnen und die Sharing Economy beflügeln. Dahinter steckt eher kaufmännisches Kalkül als der Gemeinschaftsgedanke des Teilens. Angesichts hoher Anschaffungskosten und steten Wertverlusts erscheint es vernünftiger, ein Auto zu leihen als eines zu kaufen. Die Ersparnis wandert in ideelle Projekte – von statusbesetzten Community-Aktivitäten bis zum Crowdfunding.

5. Schocks 2.0. Die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von Krisen und Katastrophen nehmen zu.

Die Dynamik der Moderne markiert das „Ende der einfachen Antworten“. Doch was kommt dann? Das Ende der Nationalstaaten in Europa, ist der Soziologe Armin Nassehi von der Universität München überzeugt: „Ich glaube, dass auf europapolitischem Gebiet radikale Änderungen noch in unserer Lebenszeit kommen werden.“ Und wie ein Kommentar zur momentanen Flüchtlingskrise erscheint Volkswirt Priddats Hinweis auf die Gefahr von Krieg und Terrorismus, ausgelöst durch Katastrophen vor der Haustür Europas. Migration werde zur Völkerwanderung, „die Kosten der Sozialen Marktwirtschaft werden sich erhöhen.“

6. Gekommen, um zu bleiben. Globale Transparenz und Migration verschieben alte Grenzen

Die engere Vernetzung der Welt macht Lebenslagen global vergleichbar: Der Bauarbeiter in Mali weiß, dass sein dänischer Kollege hundertmal so viel verdient wie er. Diese Ungleichheit wird zusammen mit den Folgen des Klimawandels vermehrt Fluchtbewegungen aus den betroffenen Ländern anstoßen. Konsequenz laut Heinz Bude: „Der Unterprivilegierte der Zukunft (ist) nicht

mehr der Proletarier, sondern der Migrant (...). Die Klassenfrage reformuliert sich als Migrationsfrage.“ Vor der gelungenen Integration der Zuwanderer und Flüchtlinge steht die lösungsorientierte Neuausrichtung des Bildungs- und Ausbildungsmarkts hierzulande. Unkonventionelle Herangehensweisen dürften kein Tabu sein, fordert der Wissenschaftler: „In manch einem Großstadtviertel mit hohem Migrantenanteil könnte ein Unternehmensberater genauso viel Gutes bewirken wie ein Sozialarbeiter.“

7. Romantik Reloaded. Die Verzweckung aller Gefühle führt zur Suche nach Authentizität.

Moderne Lebenswelten tun sich schwer, das Bedürfnis nach Sinnerfüllung, Geborgenheit und Solidarität zu stillen, der Verlust nationaler Schutzräume bestärkt die Sehnsucht nach Halt und Identität. Der Nachwuchs lernt schon in der Schule die Grundregeln des Wettbewerbs, Effizienzdenken und Lebensplanung beherrschen fortan den Alltag. Seelische Unterernährung kann in den Extremen vielfältige Auswirkungen haben: von der Bereitschaft, sich religiösen und bisweilen radikalen Gruppierungen anzuschließen bis hin zu populistischem Protest mit aggressivem Feindbild. „Für die Gesellschaft stellt sich die Frage, wie ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl aussehen könnte, ob es überhaupt wiederhergestellt werden muss und ob so etwas fernab totalitärer Formen gelingen kann“, resümieren die Herausgeber.

Die Wertschätzung von Familie und Freundschaft liefert eine Teilantwort, die neue Blüte des Ehrenamts eine weitere: Dankbarkeit und Erfüllung in der Gemeinschaft sind sein wichtigster Antrieb.

8. Diktatur der Altsassen. Die Statussicherung nimmt Lebenschancen und beschränkt soziale Mobilität

Um die soziale Mobilität in Deutschland stand es schon einmal besser. Die Zunahme des Anteils von Höherqualifizierten und akademischen Berufen in den vergangenen Jahrzehnten ist zu Ende. Wer es geschafft hat, verteidigt seine Position mit harten Bandagen. „Das Bildungssystem fördert vor allem jene Kinder und Jugendliche, die aus deutschsprachigen Akademikerfamilien der Mittelschicht stammen. (...) Sozial wie volkswirtschaftlich wird hier Potenzial vergeben“, beklagen die Autoren. Diese Verkrustungen aufzubrechen, ist zuallererst Aufgabe einer Bildungspolitik, die pfleglich mit den „geistigen Rohstoffen“ umgeht. Generell gilt: Kreative Bürger sind wertvolle Akteure der Wissensgesellschaft und sollten ihre Talente auch jenseits ausgetretener Pfade entfalten können. Für die notwendige soziale Absicherung bringt Publizist Wolf Lotter das bedingungslose Grundeinkommen ins Spiel. Das Bürgergeld befreie die Menschen von ökonomischem Druck, fördere zivilgesellschaftliche Verantwortung und schöpferisches Arbeiten. Bei allem Wagnis, das diese Idee beinhaltet: Wir

sollten es versuchen, rät Lotter. Schließlich ersetze das Grundeinkommen eine Vielzahl bereits bestehender Sozialtransfers und damit auch viel Bürokratie.

9. Kampf der Kulturen. Lebens- und Arbeitswelten modernisieren sich, die sozialen Sicherungssysteme kommen nicht hinterher

Seit den 1960er-Jahren hat sich die deutsche Gesellschaft spürbar modernisiert: Patchwork-Familien sind an der Tagesordnung, Frauen, Homosexuelle und religiöse Minderheiten sind emanzipierter, das soziokulturelle Klima ist weltoffener. Doch zur Selbstzufriedenheit besteht kein Grund, meint die Soziologin Anke Hassel von der Jacobs University Bremen. „Wir haben eine Kluft zwischen der gesellschaftlichen Modernisierung und allem, was ökonomisch und politisch reguliert ist.“ Ein modernes Einwanderungsgesetz, eine Arbeitsmarktpolitik, die sich die Bedürfnisse junger Familien auf Panier schreibt, eine zeitgemäße Erneuerung des Sozialstaates zugunsten des expandierenden Niedriglohnsektors, von Alleinerziehenden und Kindern – alles Fehlanzeige. „Jetzt geht es darum, die politische Gestaltung des Landes auf die gleiche Ebene zu hieven wie die gesellschaftliche Modernisierung.“

10. Müller gegen Meier. Der Verteilungskampf wandert in die Mitte der Gesellschaft

Die gesellschaftliche Mitte, bislang Garant sozialer Stabilität hierzulande, zerfällt in ein oberes und unteres Segment. Im oberen Teil finden sich eher Akademiker, im unteren Menschen, die kein Abitur und möglicherweise keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und in prekäre Verhältnisse abzurutschen drohen. „Der eine hat mit dem anderen, was Einkommen und Lebensführungschancen betrifft, fast nichts mehr zu tun“, schreiben die Autoren. Die Erosion der Mittelschicht torpediere die Bereitschaft zur Solidarität in der Gesellschaft.

Fazit: Gerechtigkeit – das Megathema der nächsten 30 Jahre

„Was wollen wir unter Sozialer Marktwirtschaft künftig verstehen?“, so lautet eine Eingangsfrage des Sammelbandes. Wer über die Zukunft in Wirtschaft und Gesellschaft nachdenkt, dem dürfte dieses Buch ein anregender Ideengeber sein. Den großen Wurf sucht der Leser vergeblich; die vielfältigen, teils divergierenden Blickwinkel der Gegenwartsdenker entsprechen wohl eher den komplexen Herausforderungen. Bei mancher scharfsinnigen Zustandsbeschreibung wünscht man sich

jedoch ergänzende Gedanken zur Problemlösung. Was auffällt: Europa, Eurokrise und Ressourcenknappheit spielen – mit Ausnahme des Beitrags von Uwe Schneidewind vom Wuppertal Institut über alternativen Wohlstand – nur eine Nebenrolle, obwohl auch in diesen Bereichen über die Bedingungen inklusiven Wachstums mitentschieden wird. Dafür erhält die innergesellschaftliche Verteilungsungerechtigkeit große Aufmerksamkeit. Stellvertretend für zahlreiche Debattenbeiträge sei hier noch einmal der Kasseler Soziologe Heinz Bude zitiert: „Weltgesellschaftlich gesehen ist das Megathema der nächsten 30 Jahre Ungleichheit, nicht mehr Ökologie und nicht mehr nachhaltige Entwicklung. Weil Ungleichheit alles kreuzt.“

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17

50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-237
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de
Jörg Bärschneider, joerg.baerschneider@gmx.de

Isabelle Hübner, i.huebner@sozialbank.de (Europa)
Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de (Gesundheit)

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich